

Solidarität

unsere Chance

Nummer 150

Dezember 2020

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: <http://prosv.akis.at> * www.prodemokratie.com

INHALT

Corona:

Massentests – Hilfe
oder Geschäft

MAN-Steyr:

Solidarität mit den
Beschäftigten gegen
die Zusperrer.



Pensionsraub:

Nein zur Abschaffung der
Hacklerregelung.



Neutralität:

65. Jahrestag der
Neutralitätserklärung.

Covid-19:

Propaganda, Politik, Profit

Die Arbeitslosigkeit steigt aufgrund der Krise der Profitwirtschaft weiter, die Einkommen der Arbeitenden und Arbeitslosen sinken weiter, Pensionsraub wird betrieben, Mieten und andere Lebenshaltungskosten steigen und trotz Corona wird das Gesundheitssystem weiter ausgedünnt.

Doch die Regierung betreibt weiter die Propaganda, dass an der Krise das Virus schuld sei. Sie behauptet, jedem werde geholfen und bedient bei den Coronahilfen zu 80% die große Wirtschaft aus unseren Steuergeldern. Von Standortsicherung wird gesprochen, doch wenn die deutschen VW-Dieselskandal-Konzernherren z.B. den ganzen Standort MAN-Steyr zusperren wollen, geht die Regierung auf Tauchstation. Profiteur ist der VW-Konzern, der durch die MAN-Standortschließungen in Österreich und Deutschland 1,8 Mrd. Euro einsparen will. Im Windschatten von Corona wird mit Drohung und Angstmake die Wirtschaft auf Kosten der Menschen weiter rasant und radikal digitalisiert, durchrationalisiert und Arbeitsrechte und Sozialstaat angegriffen. Im Windschatten des Terroranschlages wird weiter die Demokratie abgebaut und der Überwachungsstaat ausgebaut. Der Klassenkampf von oben gegen uns wird als „Kampf gegen das Virus“ hingestellt und so verschleiert. Ohne das Virus hätte es schon längst einen massiven Aufschrei und Proteste gegen diesen Demokratie- und Sozialabbau gegeben.



Mehr dazu auf den folgenden Seiten ...

Massentests – Hilfe oder Geschäft?

Österreichs Regierung zahlte vor kurzem für 10 Millionen Covid19 Antigentests für die jetzt und nochmals im Jänner vorgesehenen Massentests 67 Millionen Euro aus unseren Steuergeldern.



Das ist im Schnitt ein Stückpreis von 6,70 Euro. Das waren um 27 Millionen mehr als die Slowakei zur gleichen Zeit für 10 Millionen dieser Tests bezahlte (4,- Euro pro Stück). Ganz abgesehen von den Kosten für die Durchführung der mit enorm viel Werbung aufgezogenen Massentests, die für die effektive Bekämpfung der Pandemie nicht wirklich etwas bringen.

Aber „für uns“ ist der Regierung nichts zu teuer. Denn zur gleichen Zeit wurden von einer Firma Tests schon um 3,40 Euro angeboten. Im Internet gibt es sogar Angebote um 2,- Euro das Stück. Und: den Test kann man zu Hause selbst machen!

Wenn man also den Test um 2,- Euro einkaufen kann und allen Österreichern, die für das Testen in Frage kommen, den Test für die Dauer von 1 Jahr für 1-mal testen pro Woche zur Verfügung stellt, kostet das bei der Annahme, dass etwa 5 Millionen Österreicher das nutzen werden, 520 Millionen Euro. Das könnte die Pandemie wesentlich eindämmen und kostet im Vergleich nicht viel! So sind für die Wirtschaft, zu 80% die Großbetriebe, als Coronahilfen bis zu 60 Mrd. Euro vorgesehen!

Allein bis jetzt steckt „der Staat dzt. beispiellos hohe Summen in die heimische Wirtschaft: 38 Milliarden

sind derzeit für Zuschüsse, Stundungen und Garantien, budgetiert“ („Die Presse“ 26.11. 2020).

Pandemie hin, Pandemie her, es geht auch hier hauptsächlich ums Geschäft, nicht um die Gesundheit!

67 Mio. Euro für Placebo-Massentests schmeißt die Regierung beim Fenster hinaus und hinein in den Rachen von teuren Testfirmen. Weil die Bevölkerung ja nicht blöd ist, hält sich der Zulauf zu den Placebo-Massentests in Grenzen. Deshalb plant die türkis-grüne Regierung kein Ende davon, sondern sogar monatliche Massentests, die aber genauso keine Aussage bringen. Deshalb sollen die Menschen mit 50-Euro-Gutscheinen angelockt werden.

Selbst die „Krone“, das neben „Österreich“ an vorderster Stelle stehende Kurz-Einpeitschmedium ist sich nicht mehr sicher, was Kurz, Kogler & Co den Menschen noch alles zumuten wollen, indem sie zweifelnd schreibt:

„Die Sanktionskarte mit einer Verpflichtung light‘, also dass man etwa als Arbeitnehmer bei einer Nichtteilnahme für zehn Tage ohne Entgelt suspendiert werden kann wie in Südtirol, wird wohl wegen eines drohenden Proteststurms nicht gezogen werden ...“ (Krone, 6.12.2020).

Der Hauptgrund der für den Dezember überfallsartig angesetzten Placebo-Massentests ist, dass vor allem die Handelsriesen noch vor Weihnachten mit ihren „Super-Sonderaktionen“ ihre „Rabattprofite“ einstreifen können.



In Kauf genommen im wahrsten Sinne des Wortes wird von Regierung, Konzernen und Gesundheitsbehörden die Gefahr des neuerlichen Anstiegs der Covid-19 Fälle.



Dieser inserierte Aufruf zum Massentest gibt vor, dass nach dem Test alles sicher sei. Hauptsache der Euro rollt ...

Frei nach William Shakespeares Hamlet „Ist dies schon Wahnsinn, so hat es doch Methode“: Denn steigen die Covid-Zahlen wieder, wird es von den „Verantwortlichen“ wieder heißen, die Bevölkerung ist schuld, weil sie nicht „Eigenverantwortung“ trägt und wird dies zum Anlass genommen werden, die Republik im Namen von „Schutz“ und „Sicherheit“ weiter zum noch mehr durchdigitalisierten autoritären Überwachungsstaat umzubauen.

Solidarität mit den MAN-Beschäftigten

Was sich hinter der Ankündigung der Schließung des MAN-Werkes in Steyr verbirgt, haben wir versucht ein wenig aufzuhellen und dazu recherchiert und auch mit dem Betriebsratsvorsitzenden der Arbeiter*innen der MAN Truck & Bus Österreich, Erich Schwarz, gesprochen.

Erst Ende Jänner 2020 wurde für die MAN Lkw- und Busproduktion in Steyr/OÖ mit dem VW-Vorstand, dem Eigentümer der MAN, eine bis 2030 befristete Standortvereinbarung mit Jobgarantie, ein „Beschäftigungssicherungsvertrag“, abgeschlossen. Doch schon bald darauf wurde vom neuen VW-Vorstand angekündigt, diesen Vertrag nicht einhalten und neu „verhandeln“ zu wollen. Gedroht wurde so-gleich mit der Schließung von vier MAN-Standorten in Deutschland und Österreich, darunter auch die MAN LKW- und Busproduktion in Steyr/OÖ, bis Ende 2023. Seitdem ist bei den Beschäftigten und bei den Betriebsrät*innen Feuer am Dach. Geht es doch um 2.300 direkt Beschäftigte und um weitere 6.000 Arbeitsplätze, die bei einer Schließung in der Region betroffen wären. Mittlerweile haben die VW-Bosse den „Beschäftigungssicherungsvertrag“ einseitig gekündigt und die Betriebsrät*innen dessen Einhaltung eingeklagt.

Wut, Empörung, Streik

Die völlig berechnete Empörung über die Vorgangsweise der Konzernleitung hat dazu geführt, dass die Belegschaft am 15. Oktober einen Warnstreik und eine Protestversammlung in Steyr abhielt, an der sich 5.000 Menschen beteiligten. Auch wir vom „Österreichischen Solidaritätskomitee“ (ÖSK) waren bei der Protestkundgebung anwesend. Der Warnstreik und die Demonstration haben eindrücklich gezeigt, dass die Beschäftigten, Gewerkschaften, AK und die Bevölkerung samt den Bürgermeister*innen aus der Region sowie viele andere Belegschaften – sichtbar durch Solidaritätsabordnungen – voll hinter den MAN-Beschäftigten und Belegschaftsvertretungen stehen. Seitens des Vorsitzenden der Gewerkschaft PROGE, Rainer Wimmer, wurde bekräftigt,



dass es auch zu einem Streik kommen könne und vielleicht müsse, wenn der Vorstand nicht einlenken würde und es dann wichtig sei, dass auch alle mitmachen. Und SPÖ-Vorsitzende Pamela Rendi-Wagner meinte bei ihrer Unterstützungsrede auf der Demonstration, dass auch die österreichischen Eigentümerfamilien von VW, Piëch und Porsche, in die Pflicht genommen werden müssten. Richtig: Schließlich haben die „beiden mächtigen, aus Österreich stammenden Familien hinter Volkswagen Konzernchef Herbert Diess gegen Kritik in Schutz genommen. Er stehe ‚vor einer gewaltigen Aufgabe‘, so Aufsichtsrat Hans-Michel Piëch“ (Industriemagazin, 11.3.2020).

Lange Vorgeschichte

Am Standort in Steyr, wo heute die MAN produziert, war früher die Steyr-Daimler-Puch AG. Diese war ein bedeutender eisenverarbeitender und einer der größten staatsnahen Industriekonzerne Österreichs (Konzernbetrieb der verstaatlichen

Creditanstalt Bankverein, CA-BV) mit rund 17.000 Beschäftigten im Jahr 1980. Ende der 1980er Jahre wurde begonnen, den Konzern zu filetieren und Teile zu privatisieren und an ausländische Großkonzerne auszuverkaufen.



*Seit mehr als 30 Jahren kämpfen die Arbeiter*innen um ihren Standort*

Steyr-Verkauf an MAN

Als 1990 die LKW-Sparte „Steyr“ von MAN übernommen wurde, waren nur mehr rund 9.000 Menschen am Standort beschäftigt. Was die Steyr-Arbeiter*innen schon zuvor befürchteten, trat prompt ein: ständige „Restrukturierungen“, die mit Kündigungen einhergingen, was auch zum Beispiel zu einem einwöchigen Streik führte.

Bereits 2004 fasste der MAN-Konzern den Beschluss, in Polen ein neues Montagewerk zu errichten, in dem seit 2006 Schwerfahrzeuge produziert werden. Das erhöhte von da an (gewollt?) den Druck auf die anderen Standorte in Deutschland und Österreich. Seitdem wurden öfters „Standortvereinbarungen“ getroffen und verlängert, wobei die Beschäftigten immer Zugeständnisse machten (z.B. Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich), um die Arbeitsplätze und Standorte zu erhalten.

Bitteres Ende? Muss nicht sein!

Besonders erbittert von der jetzigen Aufkündigung des „Beschäftigungssicherungsvertrages“ durch die Konzernleitung sind die Arbeiter*innen und Angestellten auch deshalb, weil man über Jahrzehnte hinweg dem Konzern gegenüber sozusagen in Vorleistung gegangen ist. So produziert man seit 2007, also seit 13 Jahren, jeden Tag einen LKW mehr unentgeltlich, sagt BRV Schwarz im Gespräch mit dem ÖSK. Um den Standort abzusichern, habe man mit einer Betriebsvereinbarung einer zusätzlichen „Flexischicht“ zugestimmt. Erst 2019 ist bei MAN-Steyr die größte Lackieranlage Europas für Lkw-Kunststoffanbauteile, die 60 bis 70 Mio. Euro kostete, in Betrieb gegangen. Und jetzt will man zusperrern?!

Das Mantra der VW-Konzernbosse:

Jede Marke muss sich selbst erhalten

Klar, der Wille und die „Order“ der VW-Spitze lautet natürlich „runter mit den Kosten“, meinen tun sie aber: rauf mit den Profiten. Und eine der Methoden der VW-Konzernbosse von MAN ist es, die verschiedenen LKW-Marken als jeweils „eigenständig“ zu betrachten. Jede Marke, ob MAN, ob Scania, muss „für sich“ Gewinn machen. Das heißt, erwirtschaftet ein Bereich mehr, kommt das nicht der gesamten VW-LKW-Sparte zugute. Soviel zur vielgerühmten „Firmenkultur“ und am „gemeinsamen Strang“ ziehen.

Es kann viele Gründe geben, warum bei annähernd gleichen Umsatzzahlen der Gewinn schwankt, auf alle Fälle ist heute jeder Standort profitabel. Jetzt wird, um die Gewinne zu steigern, nach dem Willen des Vorstandes die Fertigung nach Polen verlagert. Diese „europäische Lösung“ soll auf dem Rücken der Beschäftigten von den betroffenen Standorten getragen werden, was auf keinen Fall von den Belegschaften hingenommen wird.

Da kann es dann schon sein, dass man bei fast gleichem Umsatz durch die firmeninternen Vorgaben für jede Marke (z.B. Verkaufspreise usw.) dann das von der Konzernführung „gewünschte“ Gewinnziel nicht erreicht, bzw. nie erreichen kann. Und dann wird das zum Anlass genommen, wiederum Restrukturierungs-, Kürzungs- oder gar Schließungsprogramme in den Raum zu stellen. Ziel: Noch mehr Arbeits- und Lohndruck aufbauen.



Armer VW-Konzern?

MAN muss halt sparen – wirklich?

Der Umsatz der Münchner Konzernmutter, der VW-Holding Traton, die zum VW-Konzern gehört und aus MAN Bus & Trucks, Scania und VW-Lkw-Brasilien besteht, macht 11 Mrd. Euro aus. Die Aktionäre erhalten eine 1/2 Mrd. Euro an Dividenden, die Vorstände 11 Mio. Euro.

Mit einem radikalen Umbau von MAN durch Schließung von Standorten in Deutschland und Österreich und durch Verlagerung nach Polen (Montage) und in die Türkei (Entwicklung) wollen die VW-Bosse das Ergebnis der VW-Tochter um rund 1,8 Mrd. Euro verbessern, also einsparen. Gleichzeitig wird der US-Konkurrent Navistar für 3,7 Mrd. US-Dollar gekauft, weil man sich am US-Lkw-Markt, dem „größten Profitpool“ für Nutzfahrzeuge (Handelsblatt 19.10.2020) höhere Renditen erwartet. So will ja der neue Traton-Chef Gündler künftig eine Umsatzrendite von 9% erreichen!

Jetzt sollen nach Drohung des deutschen VW-Konzerns mit Standort-schließungen, darunter eben auch Steyr, wieder Löhne gedrückt, noch mehr aus den Arbeitern herausgeholt und öffentliche Steuergelder erpresst werden (ähnlich wie es die Lufthansa-Bosse bei der AUA machen), damit die VW-Konzerngewinne gesichert sind. Nach dem Motto: Geld her oder zusperrern oder beides.

„Mit den zahlreichen Zulieferbetrieben sowie der Bedeutung als Auftraggeber für viele andere Unternehmen wären bei einer Standortschließung mindestens 6.000 Arbeitsplätze direkt betroffen oder akut gefährdet und tausende Familien in ihrer Existenz bedroht“, befürchteten die Stadt- und Ortschaften von 23 Umlandgemeinden in einem Brief.

Zusperren trotz Gewinn?

Volkswagen/MAN-Steyr war und ist ein profitabler Betrieb, hat Millionen an österreichischen Staatshilfen erhalten und will jetzt den ganzen Standort mit 2.300 Beschäftigten schließen, so BRV Erich Schwarz. Dabei sind die Auftragsbücher voll und läuft die Produktion auf Hochtouren. Statt Schließungsszenarien zu wälzen, sollte man auf die Entwicklung neuer Antriebstechnologien setzen. Hier. Da gibt es gerade in Steyr mit einem Facharbeiteranteil von 80% hochqualifiziertes Wissen für eine Zukunftsproduktion. Daran müsste auch die Politik ihre künftigen Wirtschaftsförderungen knüpfen, so eine weitere Forderung von Schwarz.

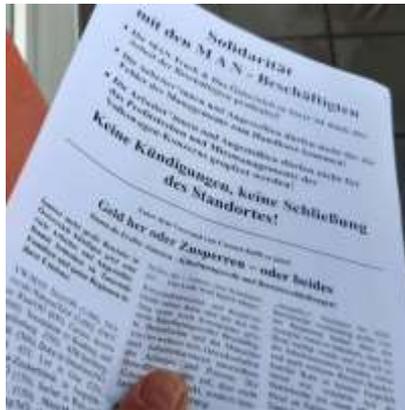
Wie geht es weiter?

Der Plan ist, so BRV Schwarz, zunächst durch Verhandlungen bis Weihnachten zu Regelungen zu kommen.

Die Forderungen sind klar: Der Vertrag muss wieder und weiter gelten (derzeit läuft er für den Standort MAN-Steyr Ende 2020 aus). Alle Standortverlegungen müssen aufgehoben, die Beschlüsse zurückgenommen werden.

Wenn es zu keiner Bewegung kommt, dann wird die österreichische Gewerkschaft PRO-GE in Abstimmung mit der deutschen IG-Metall, (da geht es um bis zu 20.000 Mitglieder!) als ganzer Konzern-Betriebsrat mit den Belegschaften handeln.

Ob und wann dieser Fall eintritt? Das kann BRV Schwarz natürlich nicht sagen. Aber er weiß als im Fußballvereinssport tätiger: Eine Meisterschaft ist erst dann gewonnen, wenn alle Runden absolviert sind. Dann werden die Punkte verteilt.“ Und noch eines weiß Betriebsrat Schwarz mit Sicherheit: „MAN produziert im Verbund. Sollte es nötig sein abzustellen, dann steht die ganze MAN.“



Dieses Flugblatt verteilte das Österr. Solidaritätskomitees bei der Protestkundgebung

Standort gut – Standort schlecht?

Einerseits: Die VW-Bosse wollen den Standort der MAN-Steyr schließen. Für sie ist ein Standort nicht viel wert, scheint's. Andererseits wird gerade in letzter Zeit von Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer oder ÖVP-Wirtschaftsministerin Schramböck andauernd davon gesprochen, dass Österreich eine „Standortpolitik“, eine „Re-Industrialisierung“ brauche, also Industrien in Österreich gehalten werden und neu entstehen sollen. Doch das gerade Gegenteil geschieht schon seit Jahrzehnten. Privatisierung und Ausverkauf fanden und finden laufend statt – siehe MAN Steyr oder ATB usw. – Das macht Österreich, seine Menschen und ihre Arbeitsplätze jeden Tag mehr abhängig von noch größeren Konzernen – und damit unsicherer. Doch statt dem einen Riegel vorzuschieben, schaut die Politik oft schweigend zu, lässt sich bei den Betroffenen nicht einmal mehr blicken und gewährt weiterhin bisweilen üppige öffentliche Förderungen, je mehr diese Konzerne drohen.

Die Unternehmerseite in Österreich redet schon lange nicht mehr von Sozialpartnerschaft, von der sich die Gewerkschaftsspitzen eine soziale Absicherung der Arbeitenden erhoffen. Seit einigen Jahren schon reden die Unternehmer lieber von Standortpartnerschaft und hat die Wirtschaftskammer etwa einen Standortanwalt installiert, um Wirtschaftsprojekte schneller und ohne Widerstand leichter durchzubekommen. Geht es aber um die Sicherung des Produktions- oder Industriestandortes Österreich, geht es wie zuletzt bei der ATB in Spielberg/Stmk. oder eben jetzt um den Standort der MAN LKW- und Busproduktion in Steyr/OÖ., geht es am Standort MAN-Steyr um 2.300 Arbeitsplätze, geht es am Standort der Region um mehr als 6.000 weitere Arbeitsplätze, die durch die MAN-Schließung betroffen sind. Dann redet keiner dieser ehrenwerten Wirtschaftsvertreter*innen mehr von Standortsicherung. Für den VW-Konzern, dem Eigentümer von MAN, geht es nicht um Standortsicherung, sondern um Profitsicherung. Passt die Profitmaximierung am Standort ist dieser ok, wenn nicht, dann Standort ade!



Terroranschlag in Wien

Wir trauern mit den Opfern und verurteilen diesen Anschlag aufs Schärfste. Auffällig kurz war die offizielle Trauer der Politik.

Verdächtig kurz war die Berichterstattung über die vielen „zufälligen Fehler“ vor dem Anschlag. Sehr schnell, noch in der Nacht des Anschlages, gleich die „Lösungsvorschläge“ von Innenminister und Kanzler: noch mehr Polizei, Militär und Überwachungsstaat mit vorbeugender „Sicherungshaft“ für „Gefährder“ auf Lebenszeit. An Zynismus den Opfern gegenüber kaum zu übertreffen die Antwort des Kanzlers, dass man ohne die Fehler den Anschlag wahrscheinlich verhindern hätte können. Fehler, die jene Behörden (Polizei und BVT) gemacht haben, die jetzt noch mehr aufgerüstet werden sollen. Punkt. Schluss. Keine Diskussion. Übergehen zum Alltag mit Corona-Chaos, mit viel Propaganda und wenig Schutz, insbesondere für älteren Menschen und das Personal in Spitälern und Pflegeheimen.

Während Kurz und Nehammer vor dem IS warnen, versorgen sie Medien mit Fotos von verummten Polizisten in voller Kampfmontur, grimmig kämpferisch, davor strahlend Kurz und Nehammer.

Das soll davon ablenken, dass die Behörden mit den bestehenden Informationen und Mitteln alles machen hätten können, um den Anschlag zu verhindern. Man gewinnt den Eindruck, dass direkt weggeschaut wurde, wenn man z.B. die Observation vor der Fahrt in die Slowakei zu den versuchten Waffenkäufen beendete, und dann, nach der Information der slowakischen Behörden über den versuchten Waffenkauf, diesen Infos praktisch nicht weiter nachging. Oder wenn man dann einen Tag nach dem Attentat eine Großrazzia-Show abzieht, die mit dem Anschlag nichts zu tun hat. Wir haben ganz und gar nichts mit der Muslimbruderschaft am Hut, gegen die die Razzia durchgeführt wurde. Jedoch die Muslimbruderschaft ist weder verboten, noch als Terrororganisation eingestuft, aber dem ägyptischen Diktator-Präsident Al-Sisi, mit dem auch das offizielle Österreich enge Beziehungen unterhält, ein Dorn im Auge.

Was bleibt ist fatal: Österreichs Regierung und die Behörden nehmen Tote zum Anlass, um ihre Propaganda fortsetzen und den Überwachungsstaat weiter ausbauen zu können. Das haben zuvor schon die FPÖVP-Regierung und davor die Rot-Schwarzen Regierungen spätestens seit den Anschlägen von Paris 2015 immer wieder probiert, nämlich Gesetze durchzusetzen, die es erlauben, jemanden auch ohne Prozess und Urteil vorbeugend nur aufgrund seiner Gesinnung einzusperrern. Weiter gedacht bedeutet das: Wie jetzt pauschal „Islamisten“ gebrandmarkt werden, könnte dann mit solchen Gesetzen, die auch wie Kanzler Kurz es sagte, dann in Zukunft jede „Ideologie“ verfolgt werden, jede/r,

wie z.B. Betriebsräte, Gewerkschaften, Demonstrationsteilnehmer*innen, die/der z.B. gegen Missstände im Gesundheitswesen, gegen Sozialabbau, gegen Demokratieabbau demonstrieren oder gar wegen Zusperrern oder Kündigungen streiken, „vorbeugend“ in „Gewahrsam“ genommen, also eingesperrt werden. Wollen wir das? Wenn nicht, dann müssen wir lautstark gegen die geplanten Regierungsmaßnahmen im Namen von „Schutz der Demokratie vor Terror“ auftreten.

Der Terror, den die Herrschenden überall auf der Welt, so auch in Österreich durch ihren Krieg gegen die unteren Schichten und Armen führen, indirekt oder direkt politisch hervorbringen oder wie z.B. die USA den IS-Staat in Syrien direkt finanziell förderten (1), dient den Machthabern vor allem als Anlass, mit Angst und Schrecken die jeweils eigene Bevölkerung zu disziplinieren und einzuschüchtern, damit wir eher auch all die Folgen der Wirtschaftskrisen widerspruchslos hinnehmen.

Warren Buffet:

"Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen"

Quelle: https://de.wikiquote.org/wiki/Warren_Buffett; bzw. Zitiert bei Mika Hoffmann, Ferdinand Bertram und Oliver Janich. Warren Buffett - Milliarden-Macher: Focus-Money online 25.03.2004

Sir Peter Ustinov:

"Der Terrorismus ... ist ein Krieg der Armen gegen die Reichen. Der Krieg ist ein Terrorismus der Reichen gegen die Armen."

Quelle: https://de.wikiquote.org/wiki/Peter_Ustinov; bzw.: www.welt.de/print-welt/article689952/Der-Krieg-ist-der-Terrorismus-der-Reichen.html (22.4.2003)

(Anmerkung der Redaktion: Wobei man hier ergänzen muss, dass Terrorismus ebenfalls ein Krieg der Reichen gegen die Armen ist, aber über den Umweg der noch Ärmeren)

*(Der obige Artikel stammt aus: Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg, Nr. 4/2020)*

-
- (1) Siehe der geheime Besuch des republikanischen Präsidentschaftskandidaten McCain beim IS-Führer Al Baghdadi im Jahr 2013; Quelle: www.globalresearch.ca/did-john-mccain-meet-with-abu-bakral-baghdadi-the-alleged-head-of-the-islamic-state-isis-isil-daesh/5498177
 - (2) Generell zum Thema Terror siehe den Artikel anlässlich der Attentate in Paris im Jahr 2015 in der Zeitung Nr. 1/2015 auf der Homepage www.atomgegner.at; [Aussendung-15-1](#)



65 Jahre Neutralität

Heuer jährte sich am 26. Oktober die Erklärung der immerwährenden Neutralität Österreichs zum 65. Mal. Gemeinsam mit dem Staatsvertrag ist das nach dem Hitlerfaschismus die Basis der Zweiten Republik, des unabhängigen, neutralen, demokratischen Österreichs.

Daher ist auch das Neutralitätsgesetz von 1955 bis heute im Verfassungsrang. Die Neutralität Österreichs ist die Lehre aus zwei Weltkriegen und bedeutet, dass sich Österreich nie wieder an Kriegen beteiligen will und darf und Österreicher*innen nie wieder für fremde Großmachtinteressen mitmarschieren, töten und sterben wollen und sollen.

Artikel 1 des Neutralitätsgesetzes sagt ganz klar, worum es geht und worum es gerade in einer Zeit zunehmender Krisen und kriegerischer Konflikte gehen muss:

- (1) *Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.*
- (2) *Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.*

Über 80 % der Österreicher*innen sind für diese Neutralität! Zu Recht!

Denn in den letzten Jahrzehnten, insbesondere nach dem EU-Beitritt, wurde die Bedeutung der Neutralität von den Regierenden bestenfalls zu feierlichen Anlässen wie dem Nationalfeiertag am 26. Oktober bemüht. Ansonsten wurde die Neutralität von den Herrschenden tatkräftig unterlaufen durch u.a.

- Zulassung von NATO-Militärtransporten zu Lande und in der Luft (z.B. beim völkerrechtswidrigen Krieg gegen und bei der Zerstörung von Jugoslawien 1991)
- Beitritt zur „NATO-Partnerschaft für den Frieden“
- Ausverkauf wichtiger Industrien (staatliche, staatsnahe und verstaatlichte Betriebe wie voestalpine, AUA, OMV usw.), die für die wirtschaftliche Eigenständigkeit wichtig
- Einbindung in die EU-Militarisierungs- und Aufrüstungspolitik wie „Gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik“ (GASP)
- Teilnahme an den EU-Battlegroups und an EU-Auslandseinsätzen
- den Beitritt zu PESCO, dem milliardenschweren EU-Projekt zur Aufrüstung, Militarisierung und Kriegsfinanzierung mit dem Ziel einer EU-Militär-Großmacht mit EU-Armee und eigenständiger EU-Atomkraft
- die diesen Sommer beim Besuch von US-Außenminister Pompeo mit den USA vereinbarten Kooperation des österreichischen Bundesheeres mit der US-Nationalgarde, also der US-Inlands-Bürgerkriegsarmee, die zuletzt wieder

in den USA gegen US-Bürger eingesetzt wurde, die gegen die Tötung von Schwarzen durch die US-Polizei demonstrierten.

Während von der Neutralität nicht mehr viel geredet wird, hat schon im Vorjahr Verteidigungsminister Starlinger das Ende des Bundesheeres an die Wand gemalt, wenn bis 2030 nicht 16 Mrd. Euro fließen („Unser Heer 2030“). Klaudia Tanner, ab heuer Verteidigungsministerin, tut zwar so als wolle sie das Heer „abrüsten“ und nur mehr für Katastrophenschutz oder zur Cyberabwehr einsetzen und sagt: „Das Heer rüstet sich für neue Bedrohungsbilder“ (Kurier, 25.10.2020). Klar, das Bundesheer hat bei der Bevölkerung im Falle der Hilfe bei Katastrophen oder bei der Unterstützung bei Covid-19 im Frühjahr und jetzt für die Durchführung von Massentests und bei den künftigen Impfungen ein hohes Ansehen. Das will die Ministerin ausnutzen, um dahinter ganz andere Pläne zu verfolgen. Denn wie sie selbst sagt, hat das Heer mit 2,67 Mrd. Euro für 2020 das höchste Budget aller Zeiten. Und in den kommenden Jahren soll noch mehr Geld fließen. Wofür?

Das Bundesheer sollte zur Verteidigung der Neutralität im Falle des Falles da sein. Österreich wird von niemandem bedroht und wir bedrohen auch niemanden. Gefährlich ist jedoch die Teilnahme Österreichs an den EU-Vorhaben zur Aufrüstung und Kriegsbeteiligung wie sie der EU-PESCO-Vertrag vorsieht, dem Österreich 2017 beigetreten ist. Auf dem 24. Europaforum am 6. November 2020, wo es darum ging wie „Europa zu seiner militärischen Stärke findet“, schwärmte Ministerin Tanner von der PESCO-Beteiligung. Und der ÖVP-EU-Abgeordnete Lukas Mandl malte aus, welchen großen wirtschaftlichen Vorteil Österreichs Wirtschaft von so einer Rüstungskoooperation habe.



Unter dem Deckmantel von Katastrophenschutz und Hilfe manövrieren uns Kurz, Tanner, Schallenberg mit ihren grünen Beiwagerln in die nächste Katastrophe, in die Beteiligung an Aufrüstung und Kriegen einer EU-Militärgrößmacht. Das alles widerspricht ganz eindeutig der Neutralität Österreichs. Genau das zu verhindern, war der Sinn der Erklärung der immerwährenden Neutralität, nie wieder für Großmacht- und Konzernprofite in Kriege zu ziehen.

Die Neutralität ist aktueller und notwendiger denn je. Klären wir über die hinterhältigen Pläne von Regierung und Konzernen auf, treten wir dagegen auf. JA zur Verteidigung von Österreichs Unabhängigkeit und Neutralität, NEIN zur Teilnahme an Aufrüstung und Militarisierung, an Kriegsvorbereitung und Kriegsteilnahme!

Einige Fragen und Antworten zu Covid-19!

Wie verlaufen die medizinischen und politischen Entwicklungen in dieser Pandemie?

Die Lage ist wirklich dramatisch. Es war aber bei einigermaßen kundigem Betrachten der Daten schon seit dem Sommer klar, dass die Entwicklung der positiv Getesteten pro 100.000 Einwohner exponentiell verläuft und zu den jetzigen Zahlen führen wird. Zum Beispiel hat der Mathematiker und Statistiker Erich Neuwirth, emeritierter Professor an der Uni Wien, die aktuellen Corona-Entwicklungen seit Ausbruch der Pandemie auf seinem Blog beobachtet und kommentiert: <https://just-the-covid-facts.neuwirth.priv.at>

Darauf gründet sich auch die heftige Kritik an der monatelangen Ignoranz und dem dann verspäteten Reagieren seitens der Bundesregierung. Die Aussagen der Regierung, dass die Entwicklung vor drei Wochen nicht absehbar gewesen sei, sind schlichtweg falsch. **Die exponentielle Entwicklung war schon seit Mitte Juni deutlich erkennbar**, „wenn man auf einer Grafik die logarithmische Skala verwendet“, dann ist ohne Maßnahmen beim Fortsetzen der Funktion bis zum Greifen der mit dem „Lockdown“ gesetzten Maßnahmen mit über **10.000 täglich neu Coronavirus positiv Getesteten bis Ende November** zu rechnen, bis es mit den Zahlen wieder bergab gehe. Mit dem „weichen Lockdown“ war bei zahlreichen Ausnahmen und Umgehungen nur ein Eindämmen auf sehr hohem Niveau (6000 täglich neu positiv Getestete, Mitte November) möglich. Resultate von Einschränkungen der Mobilität werden jedoch erst zwei Wochen nach Beginn der Maßnahmen spürbar. Man hat sich aber mit vollständiger Ignoranz und Selbstbeweihräucherung über diese Fakten hinweggemogelt, um vorerst die Fremdenverkehrswirtschaft mit zahlungskräftigen ausländischen Besuchern (vorwiegend Deutsche und Holländer) abzusichern. Trotz der propagandistischen Absichts-

erklärung das Gast- und Hotelpersonal testen zu wollen, war man froh, dass letztlich die Inländer die Sommer-Saison retteten. Weiters hat man Erntehelfer, Schlachtarbeiter, Bauarbeiter, 24h-Pflegerinnen, das Pflegepersonal für Altenheime und Putzfrauen aus den Nachbarländern bis zuletzt „testfrei“ einreisen lassen und die Entwicklungen in den Herkunftsländern total ausgeblendet, oder die dort, durch absichtlich niedrige Testraten produzierten, geringen Infektionszahlen, einfach akzeptiert, um den in Europa so heiligen freien Wirtschaftsverkehr aufrecht zu erhalten. Das Wichtigste waren der ungehinderte Warenverkehr mit LKW und der Personenverkehr für billigste Arbeitskräfte, für welche dann propagandistisch sogar Sonderflüge und Zugreisen organisiert wurden. 70% der zweiten Welle in Bayern wurden durch Grenz-Pendler verursacht. Bei uns wollte man das gar nicht erheben und man hat weite Teile Kroatiens, Bulgariens, die Slowakei und Ungarn zu sicheren Gebieten erklärt, damit die Einreise ohne Auflagen möglich ist.

Das heißt, man hat Monate lang nichts getan, bzw. nur Absprachen mit den Nachbarländern für offene Grenzen, für den Warentransit und für Pendler getroffen und jetzt brennt der Hut. Spätestens Ende August hätte man an Stelle des Wien-Bashings, wegen z.B. der Nichteinbeziehung der Polizei beim Contact Tracing landesweite Maßnahmen vollziehen müssen. Die Sicherung des Personals für das Contact Tracing (besonders dafür wäre leicht Personal einsetzbar), Organisation, oder zumindest Erhebung von Spitalskapazitäten und vor allem die Sicherung des Personals in Spitälern und Altenheimen. Das Personal hätte systematischer und strategischer Testung unterzogen werden müssen. Zudem hätten 24h-Pflegerinnen und alle Pendler über Landesgrenzen regelmäßig getestet werden müssen.

Aber es ging lediglich um die Rettung der Unternehmer, der Wirtschaft und zuletzt, um die

Sicherung der Wintersaison. Dazu war man im Westen sogar bereit, das vorher anscheinend mit der Hilfe der Polizei so gut funktionierende Contact Tracing aufzugeben, da man hoffte, wenn man die Erstkontakte (K1) nicht mehr testet, die berichteten Infektionszahlen geringer ausfallen und damit Reisewarnungen für den Besuch Österreichs wegfallen würden. Solange man die Mehrzahl der Fälle durch Contact Tracing und Clusteranalysen noch einzelnen Ausbruchsherden zuordnen kann, lässt sich auch gezielt reagieren: Lokale schließen, die Abstands- und Belüftungsregeln nicht einhalten, Chorproben in geschlossenen Räumen verbieten, aber Bereiche offenhalten, in denen keine Infektionen nachgewiesen wurden. Das geht aber nur so lange, solange Cluster verlässlich nachverfolgt werden können. Mittlerweile weiß man bei 80% der Fälle nicht mehr, wo sie entstanden sind, die Infektionen sind außer Kontrolle, wir sind Weltmeister bei den täglichen Infektionszahlen und die Notbremse mit einem Lockdown war nicht vermeidbar.

Sind die positiven PCR-Tests, die ja jetzt als Grundlage für die Ausgangssperren und sonstige Maßnahmen des Lockdowns gelten, wirklich eine gute Basis? Gäbe es eine andere?

Die Basis zur Abschätzung der Entwicklung der Pandemie kann nur die Anzahl der positiven Fälle pro 100.000 Einwohner und das im Hinblick auf die Testanzahl sein. Gerade aber dieser Wert ist dramatisch hoch und seit dem Sommer vorhersehbar exponentiell angestiegen. Die doch einigermaßen aufwendigen und teuren PCR-Tests können weitgehend durch die nun verfügbaren Schnelltests ersetzt werden, die billiger sind und sofort Resultate ergeben. Wenn diese Tests negativ sind, so ist laut Berichten das Resultat zu 99,7% sicher, wenn sie positiv sind, zu 97% und dann wird es mit einem PCR Test abgesichert.

Gerade für Infizierte am Beginn einer Infektion mit einer hohen Virenlast, die eine große Gefahr für ihre Umgebung darstellen, sind diese Schnelltests sehr nützlich, sie sollten aber im Abstand von mehreren Tagen wiederholt werden.

Wie aussagekräftig sind die PCR-Tests wirklich? Können PCR-Tests in Labors „angereichert“ werden, sodass sie „positiv“ werden - all das kursiert ja?

Wie gesagt sind sowohl die Schnelltests, aber erst recht der PCR-Test sehr sicher und das mit der "Anreicherung" hat den Hintergrund, dass im Zuge des Nachweises immer eine Anreicherung (Vermehrung der DNA) erfolgt und im Gegenteil dieser Vermehrungsfaktor ein wichtiger Indikator für die Virusbelastung und damit die Gefährlichkeit des Getesteten für seine Umgebung wäre. Das wird leider nicht oder nicht durchgängig dokumentiert. Die PCR-Tests sind natürlich auch ein riesiges Geschäft für die Hersteller und Labors, welches sie nicht gerne aufgeben und nicht an die Schnelltests abtreten möchten, die vielleicht von Sanitätern, Apothekern und ähnlichem medizinischen Personal durchgeführt werden könnten.

Sind jetzt wirklich mehr Menschen auf Corona-Intensivbetten als im März - gab es damals nicht auch ein Personalproblem?

Ja, es sind wesentlich mehr Corona-Patienten in den Spitälern auf Intensivstationen und wenn der Trend mit dem Lockdown nicht gebrochen wird, sind in etwa 2-3 Wochen noch wesentlich mehr zu erwarten (wenn heute 10.000 positiv getestet werden, landen davon in 2-3 Wochen ca. 500 im Krankenhaus und etwa 100 auf der Intensivstation und müssen dort auch einige Wochen lang behandelt werden).

Die Anzahl der Betten ist nur ein Kriterium, bei einer ansteckenden Krankheit kommt dazu, dass ein riesiger Hygieneaufwand betrieben werden muss (Isolation, Masken,

ständiges Umziehen, Desinfektion usw.). Die Patientenbetreuung muss immer von gut eingespielten Teams durchgeführt werden, die sich in Schichten über 24h abwechseln, da permanentes Agieren und Reagieren auf die Zustände der Patienten erforderlich sind. In der Praxis sind nur Operationsteams mit den dazugehörigen Anästhesisten zu Intensivteams umzuschulen, diese fehlen dann aber in der Chirurgie bei Operationen. Das aus der Militärmedizin kommende Schreckwort "Triage" und das damit verbundene Selektieren und Zuordnen von



Patienten für intensive medizinische Eingriffe, ist in der Notfallmedizin immer eine übliche Praxis. Man behandelt bei begrenzten Möglichkeiten die Patienten mit dem größten Bedarf und den besseren Erfolgchancen und das muss meist im Team, nach gewissen ethischen Rahmenbedingungen abgewogen werden, man beendet dann auch aufwendige Maßnahmen.

Wenn jedoch die Häufigkeit dieser Entscheidungen sehr groß wird, steigt auch die mentale Belastung der Behandlungsteams enorm, da bei der notwendigen, ganz intensiven Behandlung auch ganz starke Beziehungen zu den Patienten aufgebaut werden.

Diese Belastungen in Intensivstationen werden üblicherweise

nicht sehr lange durchgehalten und die Erschöpfung und Fluktuation ist höher als in allen anderen Stationen

Wie weit wird Panikmache und Angstmache benutzt um politische Ziele wie noch mehr Überwachung und Gewöhnung daran durchzusetzen?

Die Politik ist durch schwere Versäumnisse und der Begünstigung bestimmter Gruppen (Wirtschaft, Unternehmer) an der Dynamik der Pandemie mit Schuld und sie verhindert eine offene und vernünftige Diskussion und damit die offene Diskussion und Begründung von notwendigen Maßnahmen. Auf die dadurch entstehende Unsicherheit in der Bevölkerung springt sie dann auf und erhofft sich so als Trittbrettfahrer einen Machtgewinn.

Die Regierung betreibt sowohl Angstmacherei mit den Menschen und macht ihnen auch falsche Hoffnungen auf baldige Besserung. Somit wird die Politik für viele Menschen unglaublich und erzeugt bei sehr vielen Stress, was wieder eine erhöhte Krankheits-

anfälligkeit und/oder direkt eine Erkrankung zur Folge hat.

Die Ängste vor Krankheit, Verarmung durch Arbeitsplatzverlust und vor Tendenzen zum Überwachungsstaat überlagern einander. Diese Ängste werden von der Regierung aber nicht aufgelöst, sondern durch widersprüchliche Maßnahmen, wie abwechselnde Verbreitung von Angst und Hoffnung, die vorrangige Behandlung der Profitinteressen vor den Gesundheitsinteressen und Schuldzuweisungen an die Bevölkerung, gegeneinander ausgespielt.

Auf Grund der Zahlen notwendige Maßnahmen kann und soll man nicht bekämpfen, aber die schamlosen Bestrebungen der wirtschaftlichen und politischen Corona-Gewinner muss man entlarven.

auf entsprechend herzurichtenden Autobahnen kann nicht wirklich der Hauptgrund sein. Vorrangig sind einerseits die großen Internetkonzerne und andererseits das Militär, die daran Interesse haben, 5G voranzutreiben. Und seit langem gibt es zwischen den beiden, den **großen Internetkonzernen und dem Militär, vor allem dem US-Militär, eine wechselseitige Kooperation, eine „fruchtbare“ Zusammenarbeit.**

5G nutzt dem Militär, nutzt der Aufrüstung und Kriegsführung

In einem Papier des US-Kongress Forschungsdienstes (Congressional Research Service, vom 8.10.2020,

<https://crsreports.congress.gov/product/pdf/IF/IF11251>) heißt es unter anderem, dass die mobile Datentechnologie 5G „viele militärische Anwendungen“ haben kann. Eine Anwendung sind „autonome Militärfahrzeuge“, d.h. Luft(drohnen)-, Land- und Marine-Roboter, die in der Lage sind, autonome Angriffsoperationen durchzuführen, ohne dass sie auch nur ferngesteuert werden müssen. Dies erfordert die Speicherung und Verarbeitung einer enormen Datenmenge, die nicht allein an Bord des autonomen Fahrzeugs durchgeführt werden kann. 5G wird es diesem Fahrzeugtyp ermöglichen, ein externes Datenspeicher- und -verarbeitungssystem zu nutzen, ähnlich wie die derzeitige Cloud für die Speicherung persönlicher Daten. Dieses System kann „neue militärische Einsatzkonzepte“ ermöglichen, wie z.B. das „Schwärmen“, bei dem sich jedes Fahrzeug automatisch mit den anderen verbindet, um die Aufgabe auszuführen (z.B. ein Luftangriff auf eine Stadt oder ein Angriff von der See her auf einen Hafen).

Im März 2020 fand auf der US-Luftwaffenbasis Nellis das wichtigste Luftwaffenmanöver der USA in Vorbereitung der Installation von 5G statt. Mitbeteiligt daran waren deutsche, spanische und italienische Streitkräfte. Ziel war, das gesamte Kommando- und Kontrollsystem der US-Streitkräfte auf globaler Ebene leistungsfähiger zu machen. Gegenwärtig, so erklärt das Kongress Papier, wird dazu die Satellitenkommunikation genutzt, aber aufgrund der Entfernung dauert es einige Zeit, bis das Signal ankommt, was zu Verzögerungen bei der Durchführung militärischer Operationen führt. Diese Verzögerungen werden durch 5G praktisch eliminiert. Die 5G-Technologie wird eine entscheidende Rolle beim Einsatz von Hyperschallwaffen spielen, die sich, mit atomaren Sprengköpfen ausgerüstet, mit mehr als 10-facher Schallgeschwindigkeit bewegen.

Vor allem der Cloud Anbieter Amazon Web Service (AWS) hat schon seit 2014 den 14 US-Geheimdiensten Zugriff auf die AWS Server-Infrastruktur ermöglicht. 2018 haben dann auch zwei Abteilungen des US-Verteidigungsministeriums ihre Daten in die Amazon GovCloud ausgelagert. 2019 hat nun Microsoft vom Pentagon einen 10-Milliarden-Dollar-Auftrag (JEDI) erhalten, das US-Militär in seinen Bestrebungen bezüglich der Cloud Nutzung/Künstliche Intelligenz (KI) für seine Verteidigungsstruktur umfassend zu unterstützen.

Die Herrschenden und ihre Regierungen haben sich längst gegen uns „verschworen“, uns für ihre Interessen, für ihre Profite, für ihre Kriege, einzuspannen und unsere Steuern dazu zu verwenden. Unsere Gesundheit, unser Leben spielt da für sie keine Rolle. Das ist keine Verschwörungstheorie, das ist reale, als „Fortschritt für alle“ getarnte Praxis gegen die Menschheit im Interesse einer Minderheit von Profiteuren. ■



Im Windschatten des 2. Lockdowns:

Pensionsraub

Als Wahlzuckerl 2019 beschlossen, mit 1.1.2020 in Kraft getreten, ab 1.1.2022 wieder Geschichte: Die abschlagsfreie Frühpension ab 62 Jahren bei Langzeitversicherten, also jenen, die 45 Jahre gearbeitet haben. Dieses Jahr werden das rund 10.000 Menschen in Anspruch nehmen. Kosten im Jahr: 30 Mio. Euro. Auch bei der Invaliditäts- und Schwerarbeitspensionen werden Abschläge von 13,8% bzw. 9% im Jahr für jene eingeführt, die mit 45 Arbeitsjahren vor dem 65. Lebensjahr in Pension gehen. Begründet wurden diese Schritte mit „Gleichberechtigung“ von Mann und Frau und damit, dass man wegen der Coronakrise „einsparen“ müsse. Den Langzeitversicherten werden 300 Euro Pension im Monat geraubt, dafür ein „Frühstarterbonus“ (wer bis zum 20. Lebensjahr mindestens 1 Jahr gearbeitet hat) von 1 Euro pro Beitragsmonat (= von max. 60 Euro/Monat) gewährt. Also kein Ausgleich oder gar Anreiz für das viel propagierte längere Arbeiten, sondern glatter Pensionsraub. Auch wer mit 65 in Regelpension geht, der/die bekommt die sowieso magere Inflationsabgeltung künftig nur aliquot angerechnet, d.h. je später im Jahr die Pension angetreten wird, umso weniger Erhöhung. Im schlimmsten Fall, wenn jemand im November bzw. Dezember in Pension geht, muss sie/er zwei Jahre auf eine Erhöhung warten! In 20 Jahren Ruhestand geht laut Pensionistenverband den Pensionist*innen allein dadurch eine ganze Jahrespension verloren!

Beim Streichen der Sektsteuer von 26 Mio. Euro im Jahr und bei den im Frühjahr beschlossenen Pensionszuschüssen für Bauern in Höhe von 50 Mio. Euro jährlich, war die Regierung nicht so auf „Sparsamkeit“ bedacht. Das Motto der Regierung ist: Nimm den Arbeitern, gib den Vermögenden und Großbauern.



BWUWOG-Urteil:

Gras, Grasser, Krasserer

Zuerst gab ein Trauzeuge angeblich wertvolle Tipps, dann wuchs jahrelang fast Gras über die Angelegenheit, fuhr ein Buberlfreundlandeshäuptling zuerst das Land, dann die Republik und schließlich sich selbst gegen die Wand und hinterließ den Steuerzahlern eine Hypo(thek), tauchten Bankkonten im Ausland auf, wollten sogar Plastik-Einkaufssackerln einer Schwiegermutter prallgefüllt mit Bargeld unbedingt den Weg in die Schweiz oder Liechtenstein finden. Schließlich stand der „Ex-Schönste der Regierung“ vor Gericht und nun das erstinstanzliche Urteil: 8 Jahre – fast die Hälfte des Möglichen. Urteilsbegründung: die Republik wurde um Steuergeld gebracht. Aber es kommt noch Krasserer, das jedoch gar keinen Eingang ins Gericht, geschweige denn in die veröffentlichte Meinung fand: Das eigentliche Objekt der Begierde, die BUWOG, einst 1950/51 von der Republik Österreich als Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete gegründet, 2002 um 961 Mio. Euro privatisiert, wurde 2018 von der Immofinanz an den deutschen Wohnkonzern Vonovia 5,2 Milliarden Euro, also um das mehr als Fünffache weiterverkauft. Ein Schelm, der glaubt, dass da Bundeseigentum zu billig verscherbelt wurde. Darüber klagt heute öffentlich niemand. Für Grasser ist es sicher krass, dass ihm, der doch so viel wertsteigerndes für den Wohnungs- und Kapitalmarkt in die Wege geleitet hat, jetzt die Früchte dafür abgeurteilt werden. Während er im Hefen sitzen soll, sollen die Wertsteigerungsempfänger und -halter weiter in ihren Lofts und Luxusbüros sitzen dürfen bleiben?

ÖGB zu Corona & Demokratie:

Richtiger Befund, zaghafte Antwort, keine breite Gegenwehr

Richtig befindet der ÖGB in seiner Mitgliederzeitschrift „Solidarität“ vom Oktober 2020, dass im Dunstkreis von Kanzler Kurz von „Maßnahmen am Rand des demokratischen Modells“ fantasiert wird (wir haben das in unserer Ausgabe 147, Juni 2020 analysiert) dass die „Demokratie in Quarantäne“ ist, dass unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Corona-Pandemie die Demokratie geschwächt wird und die ersten Opfer die Grundrechte der Bürger*innen seien. Es werde was möglich ist, auch gemacht, viele Maßnahmen dienen der Überwachung. Die große Gefahr sei, dass auch nach der Krise die Überwachung mit völlig neuen Begründungen beibehalten werden. Das dürfe jedoch kein Dauerzustand werden, wird ganz richtig kritisiert. Der ÖGB zitiert Dürrematt aus seinem Buch „Die Physiker“: „Was einmal gedacht wurde, kann nicht mehr zurückgenommen werden und ergänzt: „Wenn etwas möglich ist, dann wird es früher oder später auch gemacht. Das gelte nicht nur für technisch Machbares, sondern auch für demokratiefeindliche Fantasien.

Warum so schwach? Fantasien? Die türkis-grüne Regierung ist auf dem Weg in den autoritären Staat. Corona und Terror werden abscheulich als Vorwand und Anlass genommen soziale und demokratische Rechte in Windeseile auszuhebeln oder abzuschaffen.

Die Gewerkschaftsspitzen eilen – bei aller öffentlich in Worten vorgebrachten Kritik – der Regierungsspitze und den Spitzen von Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer als Sozialpartner in der Not zur Hilfe. Mehr wollen Wirtschaft und Regierung nicht. Schnelle niedrige KV-Abschlüsse, Gutscheinforderungen statt nachhaltige Lohnabschlüsse, wem hilft das letztendlich? Abfederungs- und Standortpartnerschaft mit der Industrie wo am Ende meist ein Teil der Arbeitsplätze verloren gehen und Verschlechterungen für die Verbleibenden rauskommen. Was ist mit Entwicklung, Aufbau, und Durchführung einer Kampfpartnerschaft mit den Arbeiter*innen, Angestellten, Arbeitslosen, den Mitgliedern? Warum nicht die vom ÖGB ganz richtig geschilderte Gefahr für die Demokratie mit einem aktiven Kampf gegen Zusperrern, Ausverkauf und Sozialabbau verbinden? Denn im Profitstreben, in der Profitwirtschaft mit ihren Kommandostrukturen, die heute digital daherkommen, liegt die Gefahr für die Demokratie. Wir brauchen ein breites Bündnis für Demokratie und gegen Sozialabbau!



<http://prosv.akis.at>

Sozialversicherung:

Hinter den Kulissen geht's rund

AUVA: Die bekannt gewordenen Umzugspläne aus der Hauptstelle sind nur die Spitze des Eisbergs. Der Grund könnten zu Immobiliengold werden. Das Unternehmerdiktat in der AUVA will umstrukturieren, sodass das Reha-Zentrum Weißer Hof geschlossen und das Lorenz-Böhler-UKH in Wien bestenfalls nur mehr zur Tagesambulanz wird. Schließungspläne verstummen nicht. Auch das neue Rot-Pinke Wiener „Fortschrittskoalition“ nähren solche Befürchtungen. Ebenso nicht Gerüchte um weitere Spitalsschließungen, Privatisierungen oder Kooperationen mit privaten Betreibern mit Hilfe des Vehicels der AUVA-GesmbH (wir berichteten).

Was wird dann mit der „besten Behandlung und Versorgung“, die die AUVA derzeit noch per Gesetz zu garantieren hat?

ÖGK: Trotz Corona ist in der neuen Gesundheitskasse vor allem der Machtumbau im Gange. Das schon durch Türkis-Blau hinterlassene Defizit wird durch die Massenarbeitslosigkeit immer brisanter und laut Prognosen bis 2024 auf mehrere Milliarden, auf ca. 3,21 Mrd. Euro ansteigen. Nicht eingerechnet sind die schon jetzt bestehenden Unternehmensschulden an die ÖGK in der Höhe von weit über einer Milliarde Euro. Wo bleibt die von Gesundheitsminister Ansober schon im Frühjahr Absicherung?

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden auf die wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch in Zukunft angewiesen sind.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, erledigen wir unsere Arbeit nur aus den Beiträgen und Spenden unserer Leser*innen und Aktivist*innen. Wer unsere Auffassungen teilt, die/den laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Wir wünschen unseren Leser*innen erholsame Festtage, Gesundheit und alles Gute für 2021!

Mit kollegialen Grüßen, das ÖSK-Team

Spenden-Konto

Einzahlungen mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

Empfänger*in: ÖSK / **Verwendung:** Spende

IBAN: AT85 6000 0101 1022 7626

BIC: BAWAATWW

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

Wir sind ein Forum von Kolleg*innen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen. Das ÖSK erhält sich ausschließlich aus den Spenden seiner Leser- und Aktivist*innen.

Impressum: Medieninhaber, Druck und Redaktion: „Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8 1070 Wien. ZVR 188951949

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift „Solidarität unsere Chance“ ist zu 100% das „Österreichische Solidaritäts-komitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070 Wien.

Vorstand: W.Leisch, P.Düringer, H.Schmitz. Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift ist die des Vereins.

Datenschutzerklärung siehe: <http://prosv.akis.at> unter: Über uns / Impressum & Datenschutz